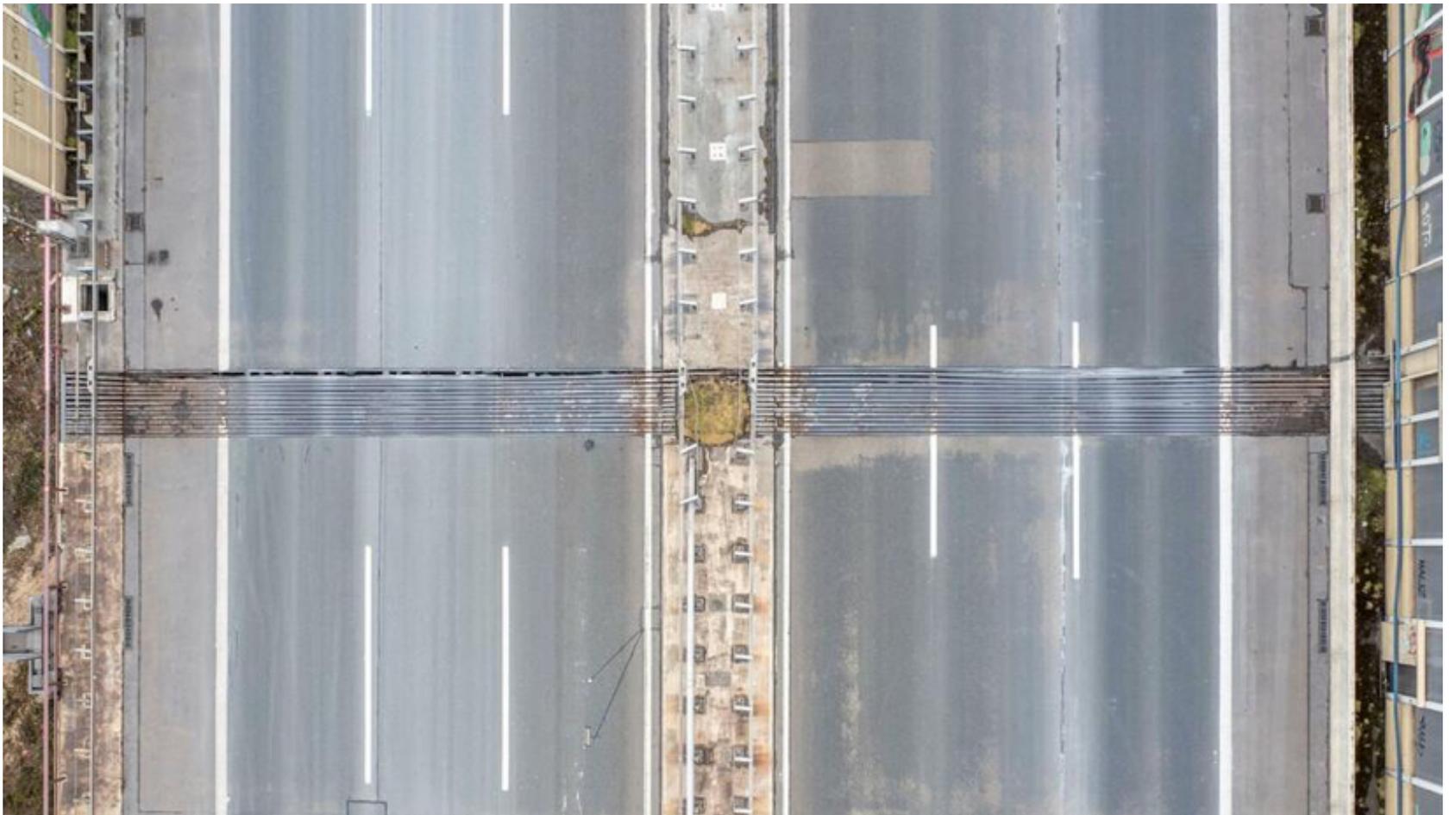


GROSSPROJEKTE UNTERBROCHEN Chaos bei der Autobahn GmbH: Unternehmen stoppen Arbeiten auf Baustellen

Die Autobahngesellschaft bezahlt ihre Rechnungen weiterhin nicht. Nun ziehen die beauftragten Firmen Konsequenzen – und legen die Baustellen still.

[Daniel Delhaes](#)



Autobahnbrücke

Seit Januar gab es in Deutschland bereits immer wieder Baustellen, die stillgelegt wurden, weil die Autobahngesellschaft des Bundes in Zahlungsverzug gewesen war.

(Foto: imago images/Reichwein)

Berlin Die Kurznachricht von Bauunternehmer Jan-Gerd Kröger

alarmierte Bremens Verkehrssenatorin Maike Schaefer: Wegen „unbeglichener Rechnungen“ der bundeseigenen Autobahn GmbH werde es zu „Arbeitsniederlegungen“ kommen, las die Grünen-Politikerin auf ihrem Mobiltelefon. Kröger werde die Wartung und Instandhaltung der 2500 Brücken und Bauwerke auf den Bundesstraßen in seinem Bundesland Bremen Anfang der kommenden Woche einstellen.

Auch an der für die Stadt so wichtigen Lesumbrücke ruhen die Arbeiten. Sie verbindet die Stadt mit dem Überseehafen in Bremerhaven und wird seit geraumer Zeit saniert. Die beauftragte Stahlbaufirma Schorisch aus Brandenburg wartet wie Kröger und die Unternehmen seiner Arbeitsgemeinschaft vergeblich auf Geld und hat nun ihre Baustelle abgebaut. Eine für das Wochenende geplante Vollsperrung musste deswegen abgesagt und fürs Erste auf Mitte Mai verschoben werden. Dabei sollten die Bauarbeiten bis dahin eigentlich abgeschlossen werden. Seit Januar habe die Autobahn GmbH des Bundes keine Rechnung beglichen, klagt Kröger.

Bis zum Jahresende war noch alles nach Plan gelaufen. Die Länder waren zuständig für die rund 13.000 Kilometer Autobahnen im Auftrag des Bundes. Nun aber erteilt die Autobahn GmbH des Bundes Aufträge und müsste entsprechend Rechnungen begleichen. Doch bis heute läuft das entsprechende Rechnungssystem nicht ordentlich.

Nach Informationen des Handelsblatts sind bis Mitte März allein Rechnungen von mehr als 600 Millionen Euro aufgelaufen, intern ist sogar von 1,2 Milliarden Euro die Rede – Tendenz steigend. Es würden weit weniger Rechnungen beglichen, als neue ankommen, hieß es bereits im März. In diesem Jahr sollen 5,5 Milliarden Euro investiert werden.

Themen des Artikels

i

Das Bundesverkehrsministerium indes scheut sich in einem aktuellen Bericht an den Verkehrsausschuss nicht, von einem „erfolgreichen

Betriebsstart“ zu reden. Der Bericht liegt dem Handelsblatt vor.

„Staatlich verursachte Liquiditätsprobleme in der Coronakrise sind skandalös, viele Baustellen werden so weiter verzögert“, kritisierte indes der [FDP](#)-Verkehrspolitiker Oliver Luksic. „Angesichts von maroden Brücken und Straßen können wir uns dieses Chaos von Minister [Scheuer](#) nicht leisten, der Sanierungsstau wird immer größer.“ Sollte die Bundesregierung den Ausschuss nicht korrekt informieren, „wäre das ein weiterer Skandal und eine krasse Missachtung des Parlamentes“.

Dass es Probleme gibt, offenbart ein neuer Plan des Ministers. Er will nun das Gründungsgesetz ändern und festlegen, dass die Länder weiter für die vor 2021 begonnenen Planfeststellungsverfahren zuständig bleiben und nicht wie mit der Zentralisierung vorgesehen das mit der Autobahn GmbH gegründete Fernstraßen-Bundesamt. „Die Zuständigkeit der Länder besteht fort, wenn ein Planfeststellungsverfahren, ergänzendes Verfahren, eine Planergänzung oder ein Planänderungsverfahren vor dem 1. Januar 2021 bereits eingeleitet worden ist“, heißt es in dem Änderungsantrag, der dem Handelsblatt vorliegt.

Mittelständler warten auf ihr Geld und kommen in Verzug

Unternehmer wie Kröger sind zwar vertraglich verpflichtet, ihre Rechnungen digital einzureichen, und haben die entsprechende Software gekauft und ihr Personal geschult. Längst aber hat die Autobahngesellschaft die Unternehmen gebeten, ihre Forderungen in Papierform zu schicken, wie Kröger berichtet. Die Mitarbeiter der Gesellschaften hätten bis heute keine ordentlichen Bürostrukturen.

Die Folgen wirken sich langsam auch auf die wirtschaftliche Lage der Unternehmen und damit auf die Arbeitsplätze der Baubranche aus. Kröger wartet nach eigenen Angaben inzwischen mit seiner Arbeitsgemeinschaft auf rund 300.000 Euro. Der gelernte Maurermeister war bis vor zwei Jahren Präses der Handwerkskammer in Bremen und kennt auch andere Unternehmer und deren Lage, wenn sie versuchen, mit der

Autobahngesellschaft Geschäfte zu machen.

Beim Großprojekt Weserquerung hätten sogar die Stadtwerke Bremen damit gedroht, den Strom auf der Baustelle abzuschalten, weil der Bund die Rechnungen nicht bezahlt habe. Erst per Notüberweisung ging es weiter, wie Kröger berichtet.

Garten- und Landschaftsbauer warten auch auf ihr Geld, etwa Thorsten Hofmann. 100.000 Euro sind es bei ihm. Er sorgt für Ersatzpflanzungen an der A281. Einige Bäume stehen schon. Nun liegen dort Pflanzen im Wert von 50.000 Euro. Weiter geht es aber erst, wenn Geld fließt.

Erst einmal hat Hofmann von der Autobahngesellschaft Geld erhalten – nach mehr als 50 Tagen und auch nur, weil er darauf bestanden hat. „Ansonsten hätte ich bis heute keinen Cent gesehen“, sagt er. Dank der guten Auftragslage kann er seine Mitarbeiter nun bei anderen Projekten einsetzen. „Ansonsten stünden einige von uns jetzt ohne Einkommen da, und auch für uns wäre es dann eng. Die Autobahngesellschaft hat ein schweres Strukturproblem.“

Insgesamt seien derzeit 4000 Rechnungen im Land Bremen offen, hat Kröger überschlagen. „Solvente Firmen geraten inzwischen in finanzielle Schwierigkeiten“, klagt er. Früher habe man die Uhr danach stellen können, wenn die Bundeskasse die Rechnungen bezahlte. „Heute geht gar nichts mehr.“ Er aber müsse Löhne auszahlen, Sozialbeiträge überweisen und die Umsatzsteuer bezahlen – auch wenn die Rechnung noch nicht bezahlt wurde.

Druck auf Verkehrsminister Andreas Scheuer

Die neueste Eskalation in der Zusammenarbeit mit dem neuen Vertragspartner Autobahn GmbH ist symptomatisch. Seit Januar gab es immer wieder Baustellen, die stillgelegt wurden, weil die Autobahngesellschaft des Bundes in Zahlungsverzug gewesen war. Bislang aber wurden die Fälle nicht öffentlich. Schnell wurde nach dem Stillstand Geld überwiesen, damit die Arbeiten zumindest dort weitergingen.

Auch bei den jüngsten Fällen dürfte das Chaos auf diese Art überdeckt werden. Andere Unternehmer trauen sich auch nicht, öffentlich Kritik zu üben, um sich das Geschäft mit dem zentralen und damit alleinigen Auftraggeber des Bundes im Straßenbau nicht zu vermiesen.



Maike Schaefer

Die Bremer Verkehrssenatorin hat Minister Andreas Scheuer auf die Missstände hingewiesen.

[\(Foto: dpa\)](#)

Nun aber erhöht Senatorin Schaefer den Druck. Sie hat nach Krögers Nachricht bei Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) angerufen. Sie habe ihm „deutlich gemacht, dass die Missstände um die ausstehenden Zahlungen schnellstmöglich behoben werden müssen, um die Reparatur der Lesumbrücke und noch anderer Baustellen auf Bundesfernstraßen wieder an den Start zu bekommen“.

Scheuer habe ihr zugesagt, dass zumindest die Rechnungen rund um die Lesumbrücke händisch bezahlt werden sollen, „damit die Bauarbeiten zügig weitergehen“, wie der Senatssprecher erklärte. Doch selbst dann könnte die geplante Vollsperrung frühestens in vier Wochen erfolgen, um die Bauarbeiten fortzusetzen. Der Senat sorgt sich inzwischen um die vielen kleinen Unternehmen. „An den Problemen hängen nicht nur Konzerne wie Hochtief“, warnte der Sprecher.

Verkehrsminister beraten am Freitag

Die Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz, Schaefer, wird die Probleme auf dem nächsten Bund-Länder-Treffen Ende dieser Woche ansprechen. Die Autobahngesellschaft steht ohnehin auf der Tagesordnung, weil die Landesminister „transparente Zuständigkeitsstrukturen“ anmahnen. Schließlich müssen sie mit allerlei Kooperationsverträgen noch aushelfen, damit die Arbeit der Gesellschaft nicht zusammenbricht.

Die zentrale Verwaltung indes plagt sich nicht nur damit, Rechnungen zu bezahlen. Auch als Genehmigungsbehörde läuft nichts richtig. Die Autobahndirektionen schaffen es zum Beispiel nicht, Anträge auf Schwertransporte so zügig wie in der Vergangenheit zu prüfen.

Ministerium lobt, Unternehmer sprechen von „Versagen“

Branchenkenner berichten, dass die Anträge gut und gerne vier bis sechs Wochen unbearbeitet liegen bleiben. Mitarbeiter aus den Direktionen bestätigen, dass sie nicht in der Lage sind, die Vielzahl der Anträge zu bearbeiten. „Wir sind zu wenig Leute“, heißt es etwa aus einer Direktion. Dort gehen nach Angaben der Autobahngesellschaft allein pro Tag rund 400 Anträge ein. Das gilt wohlgerne nur für eine der insgesamt zehn Direktionen. „Es läuft nichts rund bei der Autobahn des Bundes“, heißt es frustriert in der Transportbranche. Wenn dann noch Brücken gesperrt und nicht saniert werden, dann fährt auch kein Schwertransporter mehr.

Das Bundesverkehrsministerium hingegen lobt in seinem Bericht an den Verkehrsausschuss den „reibungslosen Personalübergang von den Ländern auf den Bund“ und sagt: „Die Bearbeitungsprozesse sind etabliert und laufen effizient.“

Für Bauunternehmer Kröger ist das Chaos bei der Autobahngesellschaft organisatorisches Versagen. „Da hat jemand seine Hausaufgaben nicht gemacht“, resümiert er. Die Arbeit des CSU-geführten Ministeriums sei

„weder christlich noch sozial oder im Sinne der Wirtschaft“. Vielmehr sei es für die betroffenen Betriebe „eine mittlere Katastrophe“. Es werde noch darüber zu reden sein, wer die Schäden übernimmt, mindestens die Zinsen und Verzugszinsen.

Mehr: [126 Orte, an denen in Deutschland der Autobahnbau stockt](#)